



Industrie- und Handelskammer
zu Leipzig



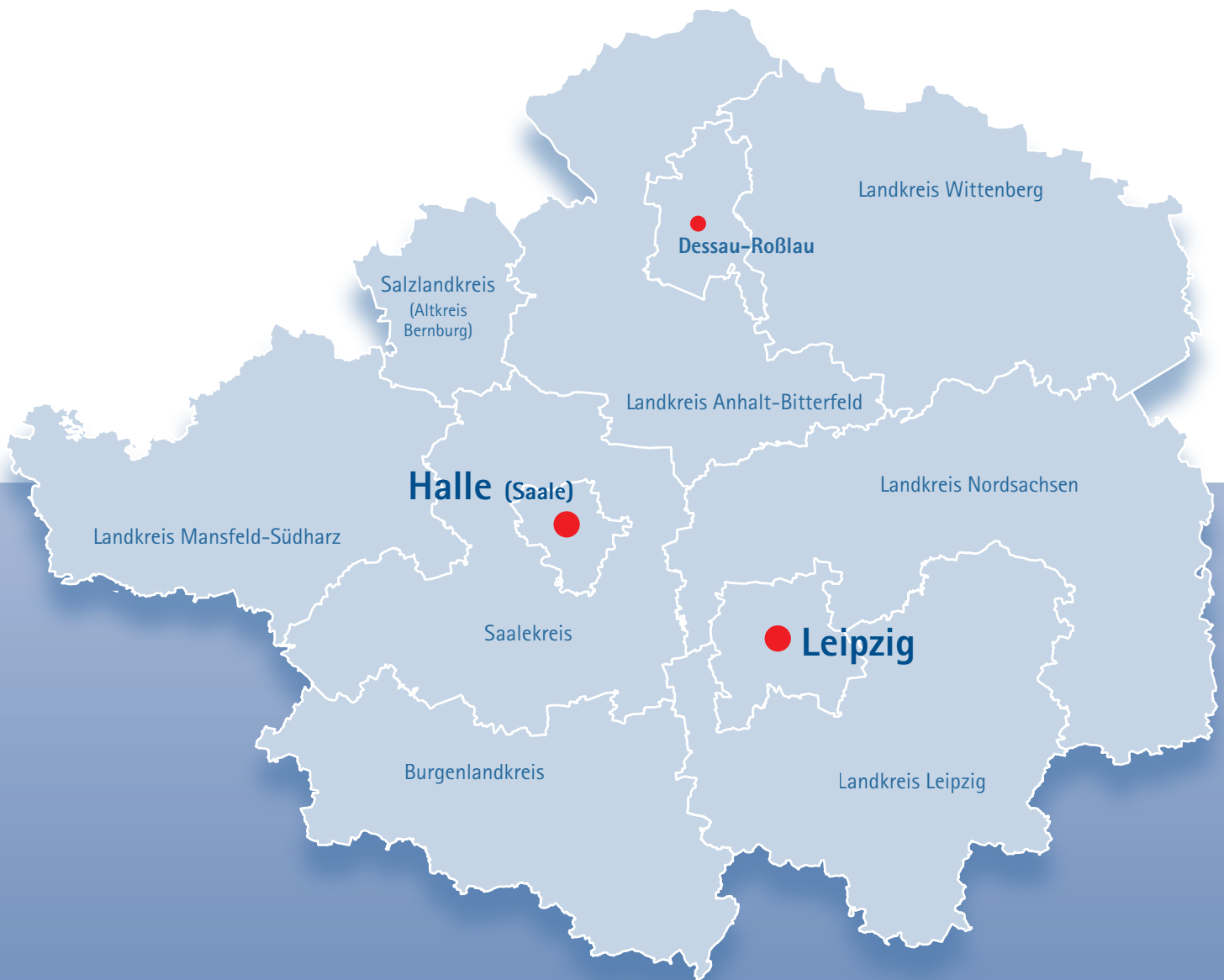
Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau



Handwerkskammer
zu Leipzig



Handwerkskammer
Halle (Saale)



Wirtschaft in Mitteldeutschland 2026

Wirtschaftspolitische Forderungen

Auf einer Seite:

Wirtschaftspolitische Empfehlungen für Mitteldeutschland 2026

Mitteldeutschland steht vor zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Um die wirtschaftliche Stärke der Region zu sichern und zukunftsfähig zu machen, braucht es abgestimmte Reformen in den Bereichen Energie, Soziales, Bildung und Wohnungsbau.

- **Energiewende umsetzen und Wettbewerbsfähigkeit erhalten!**

Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ist zentral für die energieintensive Wirtschaft Mitteldeutschlands. Die Energiewende muss daher so ausgestaltet werden, dass Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben. Technologieoffenheit, mehr Energieangebot, ein erweiterter Energiemix sowie der Ausbau von Infrastruktur, Wasserstoff und CCU/CCS sind dabei entscheidend.

- **Reform der Sozialsysteme notwendig!**

Angeichts des demografischen Wandels geraten die Sozialsysteme zunehmend unter Druck. Eine tragfähige Reform muss Generationengerechtigkeit schaffen, Arbeitsanreize stärken und Familien stärker berücksichtigen. Ziel ist ein nachhaltiges System, das finanzierbar bleibt und gleichzeitig die Basis für Wachstum und Beschäftigung sichert.

- **Vorfahrt für Bildung!**

Bildung ist entscheidend für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg. Um den Fachkräftebedarf zu decken, müssen Schulabbrüche reduziert, Grundkompetenzen gestärkt und Bildungsinvestitionen gesichert werden. Eine praxisnahe Berufsorientierung sowie die Stärkung der dualen Ausbildung sind wichtige Hebel für eine zukunftsfähige Arbeitswelt.

- **Bremsen beim Wohnungsbau lösen!**

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum belastet teilweise die wirtschaftliche Entwicklung und die Fachkräftegewinnung. Um die Bautätigkeit wieder zu steigern, müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und Baukosten gesenkt werden. Eine verlässliche und investitionsfreundliche Wohnungsbaupolitik ist entscheidend für Wachstum und soziale Stabilität.

Energiewende umsetzen und Wettbewerbsfähigkeit erhalten!

Eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der gerade in Mitteldeutschland besonders energieintensiven Wirtschaft. Konkurrenzfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit dürfen durch die Energiewende nicht weiter gefährdet werden. Die Energieinfrastruktur ist gezielt weiterzuentwickeln.

Alle energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen müssen technologieoffen gestaltet werden. Emissionsvermeidungsmaßnahmen sollten dabei international abgestimmt erfolgen, um Wettbewerbsverzerrungen und Emissionsverlagerungen, wie z.B. Carbon Leakage wirksam zu verhindern. Zur Senkung der Energiekosten ist eine Ausweitung des Energieangebotes unverzichtbar. Dazu müssen auch heimische Energieträger z.B. durch Fracking von Erdgas berücksichtigt werden. Erneuerbare Energien sind gemeinsam mit anderen Energieträgern Bestandteil eines nachhaltigen Energiemixes, wobei deren Allokation auch marktwirtschaftlichen Prinzipien folgen muss.

Der mitteldeutsche Standort benötigt weiterhin Großkraftwerke wie z.B. Lippendorf und Schkopau auch über den Kohleausstieg hinaus. Dies muss im Rahmen der Kraftwerkstrategie der Bundesregierung zwingend berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist die Energieinfrastruktur umfassend zu modernisieren, eine tragfähige Wasserstoffwirtschaft aufzubauen sowie der Einsatz von CCU- und CCS-Technologien zu ermöglichen.

Insgesamt gilt: Eine erfolgreiche Energie- und Klimapolitik muss Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Nur so kann Mitteldeutschland seine industrielle Stärke erhalten und zukunftsfähig weiterentwickeln.

Reform der Sozialsysteme notwendig!

Die umlagefinanzierten Sozialsysteme können sich angesichts des demografischen Wandels in ihrer heutigen Form nicht mehr selbst tragen. Um ihre Funktionsfähigkeit zu sichern, sind Reformen unumgänglich. Zentrale Leitplanken müssen dabei eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen, Arbeitsanreize zur Erschließung von Fachkräftepotenzial sowie eine klare Abgrenzung der Systemleistungen sein.

Mit den Kommissionsvorschlägen zur Sozialstaatsreform und zur Finanzierung des Gesundheitssystems liegen bereits Ansätze vor, die allen gesellschaftlichen Gruppen erhebliche Anpassungen abverlangen. Angesichts der deutlichen Finanzierungslücken wird es nicht ohne spürbare Belastungen gehen. Die Vorschläge der Rentenkommission werden derzeit diskutiert. Aus Sicht der Unternehmen müssen die anstehenden Reformen dazu beitragen, den Generationenvertrag wieder tragfähig zu machen. Langfristig muss erreicht werden, dass sich Familiengründung und Kindererziehung stärker lohnen als bisher und damit die Basis der Sozialsysteme nachhaltig gestärkt wird.

10-Punkte-Plan für die Rente:

- *Innovative Ansätze für individuelle Flexibilität bei Beiträgen und Bezugsdauer!*
- *Kinderzahl in Beitragszahlungen stärker gewichten!*
- *Familien- und kinderfreundlichere Rahmenbedingungen schaffen!*
- *Rentenformel anpassen – Nachhaltigkeitsfaktor reaktivieren!*
- *Äquivalenzprinzip im Rentensystem aufrechterhalten!*
- *Rentenbezugsdauer belastungsabhängig an Lebenserwartung anpassen!*
- *Rentenentwicklung an die Inflationsentwicklung koppeln!*
- *Frühverrentung begrenzen und Arbeitsanreize im Rentenalter verbessern!*
- *Versicherungsfremde Leistungen ausgliedern!*
- *Kapitalgedeckte Vorsorge stärken!*

Vorfahrt für Bildung!

Gute Schulbildung ist die Grundlage für die Fachkräfteversorgung der regionalen Wirtschaft, da Berufsausbildung und Studium auf vorherigen Bildungsstufen aufbauen. Zu viele junge Menschen in Deutschland (12,9 %¹, entsprach im Jahr 2025 rund 62.000 Jugendlichen²) verlassen die Schule ohne Abschluss. Das darf so nicht bleiben! Da Investitionen in Bildung besonders hohe Renditen erzielen, dürfen sie im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht gekürzt werden. Laut ifo-Institut kann eine Verbesserung der Bildungsleistungen in Deutschland langfristig zusätzliche Wirtschaftsleistung von rund 20 Billionen Euro generieren. Diese Effekte entstehen vor allem durch bessere Grundkompetenzen, höhere Produktivität und größere Innovationsfähigkeit der Arbeitskräfte.

Die Landesregierungen können den Bildungsbereich entscheidend unterstützen. Aus Sicht der Unternehmen sollten frühkindliche Bildung und Grundschulen gestärkt werden, um grundlegende Kompetenzen zu sichern. Gleichzeitig gilt es, die Lehramtsausbildung an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die Lehrkräfte müssen insbesondere auf den Umstand der verschiedenen Niveaus der Beherrschung der deutschen Sprache in den Klassen besser vorbereitet werden. Auch die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie die digitale und technische Ausstattung der Schulen müssen an moderne Anforderungen angepasst werden.

Zudem ist die duale Ausbildung durch eine bedarfsgerechte Schulnetzplanung sowie gut erreichbare Berufsschulen abzusichern. Die Berufs- und Studienorientierung sollte verbindlich, praxisnah und flächendeckend ausgestaltet werden, um realistische Perspektiven in Ausbildung und Studium aufzuzeigen. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist stärker zu verankern und aktiver positiv zu kommunizieren. Fördergelder für überbetriebliche Ausbildungen sowie Maßnahmen zur Berufsorientierung dürfen in den Landeshaushalten nicht gekürzt werden. Ergänzend sollte die höhere Berufsbildung – etwa Meister- und Technikerabschlüsse – weiter ausgebaut und sichtbarer werden. Schließlich sind Studienangebote konsequent am Fachkräftebedarf der Wirtschaft auszurichten, um Fehlsteuerungen zu vermeiden.

¹ [Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger | Statistikportal.de](https://www.statistikportal.de)

² [UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025](https://www.unicef.de)

Bremsen beim Wohnungsbau lösen!

Die Ziele der Bundesregierung im Wohnungsbau wurden in den vergangenen Jahren deutlich verfehlt: Statt der angestrebten neuen 400.000 Wohnungen wurden im Jahr 2025 lediglich 235.000 fertiggestellt, und auch beim Ziel von 100.000 Sozialwohnungen fällt die Bilanz mit rund 62.000 Einheiten deutlich negativ aus.

Vor dem Hintergrund der starken Zuwanderung der letzten Jahre hat sich in vielen Regionen eine spürbare Wohnraumknappheit entwickelt. Bezahlbarer Wohnraum ist jedoch ein zentraler Standortfaktor, da er maßgeblich darüber entscheidet, ob Fachkräfte und Auszubildende gewonnen und langfristig gebunden werden können.

Daher kommt einer verlässlichen und investitionsfreundlichen Wohnungsbaupolitik eine herausgehobene Bedeutung zu, weil sie Beschäftigung sichert, Wertschöpfung generiert und zugleich zur sozialen Stabilität beiträgt. Die Schaffung von Wohnraum ist somit gleichermaßen eine sozialpolitische Aufgabe wie ein entscheidender wirtschaftspolitischer Hebel.

Aus Sicht der Wirtschaft ist insbesondere eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich, da komplexe Prozesse den Wohnungsbau erheblich verzögern. Gleichzeitig sollten Bauordnungsrecht und Baustandards vereinfacht und entbürokratisiert werden, um Baukosten zu senken und Investitionen wieder attraktiver zu gestalten.

Eine erfolgreiche Wohnungsbaupolitik erfordert dabei ein ausgewogenes Zusammenspiel aus Beschleunigung, Vereinfachung und strategischer Planung. Kurzfristige Maßnahmen wie der „Bauturbo“ können Impulse setzen, müssen jedoch in eine langfristige und nachhaltige Reform des Bau- und Planungsrechts eingebettet werden. Dabei sollten sie den Wohnraumbedarf decken, ohne die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft sowie gewachsener Stadtstrukturen durch Wohnnutzungen in Gewerbegebieten zu gefährden.